

KREISVERWALTUNG BAD DÜRKHEIM



RECHNUNGS- UND GEMEINDEPRÜFUNGSAMT

PRÜFUNG

DER

ORTSGEMEINDE TIEFENTHAL

BAD DÜRKHEIM, DEN 22.03.2024

Inhaltsverzeichnis

1.	Prüfungszeitraum	1
2.	Haushaltswirtschaft	1
2.1	Ergebnishaushalt.....	2
2.2	Finanzhaushalt	3
2.3	Bilanzen.....	4
2.4	Steuern und Schlüsselzuweisungen (s. Anlage)	4
2.5	Verschuldung	4
2.5.1	Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten.....	4
2.5.2	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten.....	5
2.6	Entlastung	5
2.7	Finanzwirtschaftliche Entwicklung	5
3.	Einzelfeststellungen.....	6
3.1	Haushaltspläne und Jahresabschlüsse	6
3.1.1	Ziele und Kennzahlen.....	6
3.1.2	Kosten- und Leistungsrechnung.....	6
3.1.3	Interne Leistungsverrechnung (ILV)	7
3.1.4	Zwischenberichte	8
3.1.5	Jahresabschlüsse.....	8
3.2	Sondernutzungsgebühren	9
3.3	Dorfgemeinschaftshaus.....	9
3.3.1	Nutzungsentgelte	9

3.4	Friedhof	11
3.4.1	Höhe der Gebühren.....	11
3.4.2	Abräumen von Grabstätten	12
3.5	Ausbaubeitragssatzung	13

Anlage

Grundlagen der Finanzkraft der Ortsgemeinde 2017 bis 2021

Randnummernverzeichnis

Haushaltspläne und Jahresabschlüsse

Randnummer 1: 3.1.1 Ziele und Kennzahlen

Es sind steuerungsgeeignete Ziele; Leistungsmengen und aussagekräftige Kennzahlen in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Randnummer 2: 3.1.2 Kosten- und Leistungsrechnung

Eine Kosten- und Leistungsrechnung ist zeitnah aufzubauen. Die Dienstanweisung dazu ist zu erstellen und dem Ortsgemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Randnummer 3: 3.1.3 Interne Leistungsverrechnung (ILV)

Die erforderliche Dienstanweisung für die interne Leistungsverrechnung (ILV) ist zeitnah von der Verbandsgemeinde zu erstellen und dem Ortsgemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Randnummer 4: 3.1.4 Zwischenberichte

Zwischenberichte sind künftig zu erstellen und dem Ortsgemeinderat vorzulegen.

Randnummer 5: 3.1.5 Jahresabschlüsse

Die säumigen Jahresabschlüsse sind zeitnah zu erstellen und die gesetzlichen Vorgaben zur Erstellung, Prüfung und Feststellung der Jahresabschlüsse sind zukünftig einzuhalten.

Sondernutzungsgebühren

Randnummer 6: 3.2 Sondernutzungsgebühren

Eine Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren sollte erlassen werden.

Dorfgemeinschaftshaus und Vereinshaus

Randnummer 7: 3.3.1 Nutzungsentgelte

Eine Erhöhung der Nutzungsentgelte ist zu prüfen. Die Benutzungsordnung und auch die Gebührenordnung für das Dorfgemeinschaftshaus sind entsprechend anzupassen.

Friedhof

Randnummer 8: 3.4.1 Höhe der Gebühren

Im Hinblick auf die Kostendeckung von nur 58,37 % sollten die Gebühren kalkuliert und entsprechend neu festgesetzt werden.

Randnummer 9: 3.4.2 Abräumen von Grabstätten

Die Erhebung einer Abräumgebühr bei Erwerb einer Grabstätte sollte erwogen werden.

Ausbaubeitragssatzung

Randnummer 10: 3.5 Ausbaubeitragssatzung

Die Fälligkeitsregelung sollte in der Ausbaubeitragssatzung auf einen Monat nach der Bekanntgabe des Beitragsbescheides verkürzt werden.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemO	Gemeindeordnung
KAG	Kommunalabgabengesetz
KEF-RP	Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz
LHO	Landeshaushaltsordnung
LStrG	Landesstraßengesetz
OVG	Oberverwaltungsgericht
RGPA	Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
VV	Verwaltungsvorschrift

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung

der Ortsgemeinde Tiefenthal
849 Einwohner (Stand 31.12.2021)

Verbandsgemeinde Leininger Land

aufgrund § 110 Abs. 5 GemO i.V.m. § 111 LHO

1. Prüfungszeitraum

Die Prüfung erstreckte sich auf ausgewählte Teile des Verwaltungshandelns ab dem Haushaltsjahr 2018. Soweit erforderlich wurden auch Vorgänge aus früheren Jahren einbezogen. Das Schwergewicht lag auf Geschäftsvorgängen der jüngeren Zeit.

2. Haushaltswirtschaft

Dargestellt sind nachfolgend die vom Gemeinderat beschlossenen Abschluss- und Planzahlen, die dem RGPA bis zum Abschluss der Prüfungshandlungen vorgelegt wurden. Die erforderlichen Jahresabschlüsse waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Prüfberichtes bis zum Haushaltsjahr 2018 erstellt. Die weiteren Auswertungen ab dem Haushaltsjahr 2019 basieren auf den vorliegenden Planzahlen.

2.1 Ergebnishaushalt

Erträge

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Jahresabschluss		Plan				
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	867.674	989.356	892.200	879.990	941.890	1.013.575	1.094.180
Zins- und sonstige Finanzerträge	303	1.383	700	700	1.100	900	700
Außerordentliche Erträge	0	0	0	450	0	0	0
Insgesamt	867.977	990.739	892.900	881.140	942.990	1.014.475	1.094.880

Aufwendungen

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Jahresabschluss		Plan				
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	845.916	903.012	897.470	917.010	936.515	958.055	1.087.490
Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	6.373	5.046	5.250	5.050	4.360	2.720	2.910
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	500	500	300	0
Insgesamt	852.289	908.057	902.720	922.560	941.375	961.075	1.090.400

Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Jahresabschluss		Plan				
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	21.758	86.344	-5.270	-37.020	5.375	55.520	6.690
Finanzergebnis	-6.070	-3.663	-4.550	-4.350	-3.260	-1.820	-2.210
Ordentliches Ergebnis	15.688	82.682	-9.820	-41.370	2.115	53.700	4.480
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-50	-500	-300	0
Einstellungen in den Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	26.414	0	0	0	0	0
Entnahmen aus dem Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	15.688	56.268	-9.820	-41.420	1.615	53.400	4.480

Finanzhaushalt

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Jahresabschluss		Plan				
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-6.364	181.882	25.230	-7.530	35.455	91.050	42.930
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	122.659	20.516	182.000	80.900	4.000	4.500	516.100
- davon Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (Kontengruppe 681)	624	14.165	7.600	7.400	0	1.000	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	59.436	168.344	256.800	94.800	35.000	64.700	533.250
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	63.222	-147.827	-74.800	-13.900	-31.000	-60.200	-17.150
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	56.859	34.055	-49.570	-21.430	4.455	30.850	25.780
Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten (Kontengruppen 691,692)	76.108	0	74.800	13.900	31.000	60.200	17.150
Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten (Kontengruppen 791, 792)	93.753	38.238	38.200	42.300	45.560	45.820	43.640
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	-17.645	-38.238	36.600	-28.400	-14.560	14.380	-26.490

Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt

Entsprechend Muster 14 (zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO)	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Jahresabschluss		Plan				
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-6.364	181.882	25.230	-7.530	35.455	91.050	42.930
abzüglich Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von genehmigten Investitionskrediten	35.991	38.238	38.200	42.300	45.560	45.820	43.640
= "freie Finanzspitze"	-42.355	143.644	-12.970	-49.830	-10.105	45.230	-710
abzüglich Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von geplanten, aber noch nicht genehmigten Investitionskrediten	0	0	0	0	0	0	0
verbleibende Finanzspitze	-42.355	143.644	-12.970	-49.830	-10.105	45.230	-710

2.2 Bilanzen¹

	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Bilanzsumme	3.166.632,07 €	3.249.087,24 €			
Eigenkapital	650.825,65 €	707.093,17 €			
Eigenkapitalquote (%)	20,55	21,76			
Infrastrukturintensität (%)	72,15	67,68			
Sonderpostenquote 1 (%)	40,30	38,29			
Sonderpostenquote 2 (%)	40,99	38,50			
Verbindlichkeitenquote (%)	37,48	38,21			

2.3 Steuern und Schlüsselzuweisungen (s. Anlage)

	2017	2018	2019	2020	2021
	Euro/Einw.				
Steuern und Schlüsselzuweisungen	736,75	786,89	944,01	964,81	958,5
Mehr/weniger (-) als der Landesdurchschnitt	-90,30	-107,65	-2,39	16,78	-77,45

2.4 Verschuldung

2.4.1 Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten

Die Schulden der Ortsgemeinde aus der Aufnahme von Investitionskrediten beliefen sich Ende des Jahres 2018² auf 405 T€ (488 €/Einw.) Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit im Jahr 2013 um 140 €/Einw. über dem Landesdurchschnitt der Ortsgemeinden unter 1.000 Einwohner von 348 €/Einw³. Im Rahmen der weiteren Finanzplanung wird bis Ende 2023 mit Investitionskrediten i.H.v. 466 T€ gerechnet. Um die Verschuldung abzubauen und die finanzielle Leistungsfähigkeit zu erlangen, sind Investitionen zeitlich zu strecken und es ist, soweit vertretbar, davon abzusehen.

¹ Eigenkapitalquote = Eigenkapital/Bilanzsumme
 Infrastrukturintensität = Infrastrukturvermögen/Bilanzsumme
 Sonderpostenquote 1 = Sonderposten/Bilanzsumme
 Sonderpostenquote 2 = Sonderposten/Anlagevermögen
 Verbindlichkeitenquote = Verbindlichkeiten/Bilanzsumme

² 829 Einwohner 31.12.2018; T 6, StatLA RLP Bevölkerung der Gemeinden A I – hj 2/18

³ Investitionskredite 348 €, Liquiditätskredite 289 €; T 25, StatLA RLP Schulden öffentliche Haushalte L III – j/18

2.4.2 Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten

Ende 2018 hatte die Ortsgemeinde Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten i.H.v. 735 T€ (887 €/Einw.) Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit um 598 €/Einwohner über dem Landesdurchschnitt von 289 €/Einw. der Ortsgemeinden in der Größenklasse bis 1.000 Einwohner. Zum Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten nimmt die Ortsgemeinde seit 01.01.2012 am KEF-RP teil. Nach den bisher vorgelegten Konsolidierungsnachweisen konnte der Konsolidierungsbeitrag regelmäßig erreicht werden. Die Teilnahme erfolgte aufgrund eines Schuldenstandes von rd. 231 T€ Ende 2009, Ende 2012 lag dieser allerdings bereits bei rd. 590 T€. Die Haushaltsplanung sieht bis Ende des Jahres 2023 aber einen Abbau der Liquiditätskredite auf 341 T€ vor.

Die Teilnahme am KEF-RP alleine reicht leider nicht aus, um eine Entschuldung zu erreichen, daher müssen auch weiterhin die Ertragsquellen ausgeschöpft und die konsumtiven Aufwendungen auf den notwendigen Bedarf beschränkt werden.

2.5 Entlastung

Die Entlastung durch den Gemeinderat (§ 114 Abs. 1 GemO) war erteilt bis zum Haushaltsjahr 2018 (Beschluss vom 09.03.2021).

2.6 Finanzwirtschaftliche Entwicklung

Bis zum Abschluss der Prüfungshandlungen lagen lediglich die Jahresabschlüsse bis zum Haushaltsjahr 2018 vor. Der Abgleich der Ergebnisse der Haushaltsjahre 2017 und 2018 mit den jeweiligen Planzahlen zeigte zum Teil sehr deutliche Abweichungen. Einer Prognose der finanzwirtschaftlichen Entwicklung anhand der Planzahlen für die weiteren Haushaltsjahre wäre daher keine hinreichende Aussagekraft zuzumessen (vgl. Ausführungen unter 3.1.3.1). Insoweit musste hierauf verzichtet werden.

3. Einzel feststellungen

3.1 Haushaltspläne und Jahresabschlüsse

3.1.1 Ziele und Kennzahlen

Die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse enthalten bisher keine Ziele und Kennzahlen. Lt. Auskunft der Verwaltung werden ab dem Haushaltsjahr 2024 über das Programm IKVS Kennzahlen in den Haushaltsplänen der Ortsgemeinde ausgewiesen.

In jedem Teilhaushalt sind nach § 4 Abs. 6 GemHVO die wesentlichen Produkte und deren Auftragsgrundlage, Ziele und Leistungen zu beschreiben sowie Leistungsmengen und Kennzahlen zu Zielvorhaben anzugeben.

Die Planung, Steuerung und Kontrolle der Haushaltswirtschaft mit Produkten, Zielen und Kennzahlen sind wesentliche Merkmale des neuen Haushaltsrechts. Die angestrebte Steuerung der kommunalen Haushalte setzt voraus, dass möglichst operable und messbare Ziele angegeben werden, um die nachträgliche Kontrolle der Zielerreichung zu gewährleisten.

- 1 Es sind steuerungsgeeignete Ziele; Leistungsmengen und aussagekräftige Kennzahlen in den Haushaltsplan aufzunehmen.

3.1.2 Kosten- und Leistungsrechnung

Eine Kosten- und Leistungsrechnung und eine Dienstanweisung hierzu existierten noch nicht.⁴

Für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung soll eine Kosten- und Leistungsrechnung geführt werden (§ 12 Abs. 1 GemHVO). Sie ist auch zur sachgerechten Bemessung von Gebühren und Entgelten - beispielsweise für die Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses (vgl. Punkt 3.3 der Prüfungsmittelung) - erforderlich. Die Grundsätze sind in einer Dienstanweisung zu regeln (§ 12 Abs. 3 GemHVO).

⁴ In der Dienstanweisung über das Anordnungswesen, die Finanzbuchhaltung und für die Kasse in der Verbandsgemeinde Leiningerland –DA Kasse- vom 11.03.2021 wird unter dem Begriff „Ermächtigungsgrundlage“ darauf hingewiesen, dass für die Kosten- und Leistungsrechnung eine separate Dienstanweisung erstellt wird.

- 2 Eine Kosten- und Leistungsrechnung ist zeitnah aufzubauen. Die Dienstanzweisung dazu ist zu erstellen und dem Ortsgemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

3.1.3 Interne Leistungsverrechnung (ILV)

Die interne Leistungsverrechnung hat die Aufgabe, die Aufwendungen und Auszahlungen verursachungsgerecht den Bewirtschaftungseinheiten⁵ anzulasten, die letztendlich auch die Leistungen in Anspruch genommen haben.

Gegenstand der internen Leistungsverrechnungen ist die Ermittlung und Verteilung sämtlicher Steuerungs- und Serviceleistungen innerhalb einer Kommune. Die interne Finanzsteuerung zwischen den einzelnen Teilhaushalten, Produktbereichen, Produktgruppen, Produkten und Leistungen wird unterstützt, ein verursachungsgerechter Ressourcenverbrauch dargestellt.⁶

Die GemO und GemHVO machen keine Vorgaben hinsichtlich der Ausgestaltung und des Verfahrens zur Verrechnung interner Leistungsbeziehungen. Daher sind die Grundsätze für die interne Leistungsverrechnung in einer Dienstanzweisung zu regeln.⁷ Auch in der Dienstanzweisung über das Anordnungswesen, die Finanzbuchhaltung und für die Kasse in der Verbandsgemeinde Leiningerland –DA Kasse- vom 11.03.2021 wird unter dem Begriff „Ermächtigungsgrundlage“ darauf hingewiesen, dass für die „Interne Leistungsverrechnung“ eine separate Dienstanzweisung erstellt wird. Eine solche Dienstanzweisung wurde bisher nicht erlassen.

- 3 Die erforderliche Dienstanzweisung für die interne Leistungsverrechnung (ILV) ist zeitnah von der Verbandsgemeinde zu erstellen und dem Ortsgemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

⁵ vgl. § 4 Abs. 8 GemHVO; Jeder Teilhaushalt bildet eine Bewirtschaftungseinheit

⁶ Muster einer Dienstanzweisung über die Verrechnung interner Leistungsbeziehungen gemäß § 4 Abs. 10 GemHVO des Gemeinde- und Städtebundes, Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, Beschlussvorlage vom 04.09.2008

⁷ vgl. § 4 Abs. 10 GemHVO

3.1.4 Zwischenberichte

Berichte über den Stand des Haushaltsvollzuges während des Haushaltsjahres wurden bislang nicht erstellt.

Zwischenberichte über den Stand des Haushaltsvollzugs sind in der Regel halbjährlich zu erstellen und dem Ortsgemeinderat vorzulegen (§ 21 Abs. 1 GemHVO). Ungeachtet der rechtlichen Vorgaben ermöglicht die Berichtspflicht dem Ortsgemeinderat, während eines Haushaltsjahres steuernd in den Haushaltsvollzug einzugreifen, unter Umständen auch durch eine Nachtragshaushaltssatzung.

- 4 Zwischenberichte sind künftig zu erstellen und dem Ortsgemeinderat vorzulegen.

3.1.5 Jahresabschlüsse

Die Abschlüsse der Haushaltsjahre 2017 und 2018 wurden wie folgt erstellt, geprüft und festgestellt:

Haushaltsjahr	Erstellt am	Geprüft durch Rechnungsprüfungsausschuss am	Feststellung und Entlastung am
2017	23.05.2018	21.06.2018	25.09.2018
2018	02.07.2020	22.09.2020	09.03.2021

Der Jahresabschluss ist innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen (§ 108 Abs. 4 GemO) und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung vorzulegen (§ 112 Abs. 1 Nr. 1 GemO). Der Gemeinderat beschließt über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres (§ 114 Abs. 1 GemO).

Die rechtzeitige Aufstellung, Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses ist ein Nachweis für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Sinne des § 93 Abs. 2 Satz 2 GemO.

Durch die verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses fehlen dem Ortsgemeinderat und der Aufsichtsbehörde verbindliche Grundlagen für die Prüfung und Bewertung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Ein um Jahre verspäteter Jahresabschluss kann seine Funktion nicht erfüllen.

Der Jahresabschluss 2018 wurden nicht rechtzeitig festgestellt. Der Jahresabschluss 2019 lag bis zur Erstellung des Prüfberichts noch nicht vor.

- 5 Die säumigen Jahresabschlüsse sind zeitnah zu erstellen und die gesetzlichen Vorgaben zur Erstellung, Prüfung und Feststellung der Jahresabschlüsse zukünftig einzuhalten.

3.2 Sondernutzungsgebühren

Für die Erteilung von Erlaubnissen zur Sondernutzung von Straßen und Plätzen werden keine Sondernutzungsgebühren (z. B. für das Aufstellen von Baugerüsten und Containern, die Lagerung von Baumaterial) erhoben; die hierfür erforderliche Satzung wurde bisher nicht erlassen.

Der Gebrauch von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf einer Erlaubnis (§§ 41 und 42 LStrG). Die Ortsgemeinde kann nach Erlass einer entsprechenden Satzung Gebühren für die Sondernutzung verlangen (§ 47 LStrG i.V.m. § 2 KAG). Nach den Grundsätzen der Einnahmehbeschaffung (§ 94 Abs. 2 GemO) ist die Ortsgemeinde gehalten, diese Gebühren zu erheben.

- 6 Eine Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren sollte erlassen werden.

3.3 Dorfgemeinschaftshaus

3.3.1 Nutzungsentgelte

Die Ortsgemeinde erhebt von den Nutzern des Dorfgemeinschaftshauses (Bürgerhaus) privatrechtliche Nutzungsentgelte entsprechend der Benutzungsordnung vom für das (Bürgerhaus) der Ortsgemeinde Tiefenthal vom 30.09.2014.

Bei der Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen der Jahre 2018 bis 2022⁸ (Produkt 573121 Bürgerhaus) ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag	Kostendeckungsgrad
2018	11.141 €	22.216 €	-11.076 €	50,15%
2019	12.150 €	42.540 €	-30.390 €	28,56%
2020	10.350 €	23.040 €	-12.690 €	44,92%
2021	10.770 €	26.360 €	-15.590 €	40,86%
2022	11.890 €	30.650 €	-18.760 €	38,79%
Ergebnis gesamt	56.301 €	144.806 €	-88.506 €	38,88%

In den Jahren 2018 bis 2022 entsteht für das Dorfgemeinschaftshaus ein voraussichtliches Gesamtdefizit i.H.v. rd. 181 T€, das durch allgemeine Deckungsmittel finanziert werden muss. Die Nutzungsentgelte wurden, letztmals im Jahr 2014 erhöht.

Die Erträge aus privatrechtlichen Entgelten decken seit Jahren nicht einmal die laufenden Kosten für Heizung, Strom, Wasser, Abwasser und Abfallbeseitigung.

Unter Nummer 6 lit. d. Satz 1 der Benutzungsordnung für das Dorfgemeinschaftshaus wurde zudem festgelegt, dass die Räumlichkeiten des Dorfgemeinschaftshauses für örtliche Vereine und sozial Engagierte kostenfrei sind.

Die unentgeltliche Überlassung von gemeindeeigenen Räumen an Vereine politische Parteien und Gruppierungen steht einer finanziellen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gleich und ist somit unzulässig.⁹

Nach dem Einnahmebeschaffungsgrundsatz des § 94 Abs. 2 GemO sind die Kosten der öffentlichen Einrichtungen vorrangig durch die Erhebung von angemessenen Nutzungsentgelten zu decken.

⁸ Für die Haushaltsjahre 2019 bis 2022 wurden Planzahlen erfasst.

⁹ vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Juli 1966, BVerfGE 20,56

Gegen die Förderung von ortsansässigen Vereinen in begrenzten Umfang bestehen grundsätzlich keine Einwände. § 79 Abs. 2 GemO gebietet jedoch, die Nutzer von öffentlichen Einrichtungen zumindest an den ansonsten allein von der Ortsgemeinde zu tragenden Nebenkosten zu beteiligen.

- 7 Eine Erhöhung der Nutzungsentgelte ist zu prüfen. Die Benutzungsordnung und auch die Gebührenordnung für das Dorfgemeinschaftshaus sind entsprechend anzupassen.

3.4 Friedhof

3.4.1 Höhe der Gebühren

Grundlage für das Friedhofswesen ist die Friedhofssatzung in der Fassung vom 02.06.2015 i.V.m. der Friedhofsgebührensatzung und deren Anlage vom 19.10.2001.

Das Ergebnis des Produkts Friedhof (Produkt 553001) stellt sich in den Haushaltsjahren 2018 bis 2022¹⁰ wie folgt dar:¹¹

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag	Kosten-deckungsgrad
2018	8.253 €	10.738 €	2.485 €	76,86%
2019	7.370 €	12.310 €	4.940 €	59,87%
2020	7.370 €	13.080 €	5.710 €	56,35%
2021	7.800 €	13.960 €	6.160 €	55,87%
2022	7.875 €	16.160 €	8.285 €	48,73%
Ergebnis	38.668 €	66.248 €	27.580 €	58,37%

In den Jahren 2018 bis 2022 entsteht ein voraussichtlicher Fehlbetrag von ca. 27 T€.

Die Ausgaben können nur zu 58,37 % aus Gebühren gedeckt werden. Selbst bei Berücksichtigung eines 20%igen Abschlags für das „Öffentliche Grün“ würde im Gesamtzeitraum noch ein Fehlbetrag von ca. 14 T€ verbleiben.

¹⁰ Für die Haushaltsjahre 2019 bis 2022 wurden Planzahlen erfasst.

¹¹ Inkl. den nachrichtlichen Aufwendungen für Interne Verrechnung – Hausdienste/Bauhof

Die Friedhofsgebühren wurden zuletzt lt. Auskunft der Verwaltung im Jahr 2015 angehoben. Die Gebührensätze der Wahlgrabstätten (z. B. Einzelgrab 710 €, Doppelgrab 1.170 €) sind im Vergleich zu den anderen Ortsgemeinden innerhalb des Landkreises¹² im oberen Bereich. Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen, die weitgehend aus Entgelten zu finanzieren sind. Die Gebühren sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu kalkulierenden und regelmäßig der Kostenentwicklung anzupassen.¹³

- 8 Im Hinblick auf die Kostendeckung von 58,37 % sollten die Gebühren kalkuliert und entsprechend neu festgesetzt werden.

3.4.2 Abräumen von Grabstätten

Nach Ablauf der Ruhe- oder Nutzungszeit sind die Grabstätten von den Nutzungsberechtigten bzw. deren Erben¹⁴ abzuräumen; Grabmale und sonstige Grabausstattungen sind zu entfernen.¹⁵ Dieser Verpflichtung wird oft nicht nachgekommen, so dass die Ortsgemeinde die Abräumung der Gräber auf ihre Kosten vornehmen muss. Außerdem ist die Ermittlung der Nutzungsberechtigten bzw. der Erben teilweise zeitaufwendig.

Die Erhebung von Gebühren für die Entfernung der Grabmale und sonstiger Grabausstattungen ist bei einer entsprechenden Satzungsregelung bereits bei Erwerb der Grabstätten zulässig. Dabei ist auch die Möglichkeit zu geben, das Grab gegen Rückerstattung dieser Gebühr selbst abzuräumen¹⁶. Bei dieser Handhabung wären zumindest die der Ortsgemeinde entstehenden Kosten für Abräumungen in etwa gedeckt.

- 9 Die Erhebung einer Abräumgebühr bei Erwerb einer Grabstätte sollte erwo-gen werden.

¹² Für das Einzelgrab werden innerhalb des Landkreises Gebühren bis 884 € und für das Doppelgrab bis 1.764 € verlangt.

¹³ Bei der Ermittlung der Kosten darf die Kostenentwicklung der letzten drei Jahre und die für die kommenden drei Jahre zu erwartende Kostenentwicklung berücksichtigt werden (§ 8 Abs. 1 Satz 4 KAG).

¹⁴ § 1922 BGB

¹⁵ § 24 Abs.2 der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Tiefenthal vom 02.06.2015.

¹⁶ OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 31. Oktober 2002, Az.: 12 A 11270/02.OVG.

3.5 Ausbaubeitragssatzung

Vorausleistungen und Ausbaubeiträge waren nach der Ausbaubeitragssatzung drei Monate nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.¹⁷

Das Kommunalabgabengesetz überlässt es den Gemeinden, die Fälligkeit in der Beitragssatzung zu bestimmen¹⁸. Die den Beitragsschuldner eingeräumte Zahlungsfristen sind vergleichsweise lang. Im Erschließungsbeitragsrecht sind die einmaligen Beiträge einen Monat nach der Bekanntgabe fällig (§ 135 BauGB). Diese Frist erscheint zur zeitnahen Forderungseinziehung sachgerecht. Die längere Fälligkeitsregelung für die Ausbaubeiträge kann zu Zinsnachteilen führen.

- 10 Die Fälligkeitsregelung sollte in der Ausbaubeitragssatzung auf einen Monat nach der Bekanntgabe des Beitragsbescheids verkürzt werden.

Im Auftrag



René Planer
Leiter des RGPA



Meckel



Reis

(Prüfungsbeauftragte)

¹⁷vgl. § 12 Abs. 1 der Satzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlage (Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge) in der Ortsgemeinde Tiefenthal vom 21.01.2022

¹⁸ Die Regelung im KAG 1986, die ein dreimonatiges Zahlungsziel vorgesehen hat, gilt nicht mehr

Grundlagen der Finanzkraft

	Ortsgemeinde Tiefenthal					Landesdurchschnitt der Ortsgemeinden i. d. Größenklasse				
Einwohner (Stand: 30. Juni)	129	122	114	117	124	unter 1 000				
						Einwohner				
Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021
a) Steuereinnahmekraft ¹⁾	- € je Einwohner -					- € je Einwohner -				
Grundsteuer	79,19	82,66	87,00	81,50	105,25	112,70	114,74	116,11	118,90	121,70
Gewerbesteuer	27,51	29,00	26,64	191,45	274,75	198,82	215,20	220,92	219,18	266,84
Realsteueraufbringungskraft	106,71	111,66	113,64	272,95	380,00	311,52	329,94	337,03	338,08	388,54
- Gewerbesteuerumlage	-4,93	-5,24	-4,47	-17,54	-24,35	-35,65	-38,88	-37,11	-20,08	-23,64
+ Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	498,73	518,89	588,12	534,81	480,65	397,08	432,47	458,72	428,57	473,56
+ Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,88	7,11	8,74	9,10	6,37	20,58	25,23	29,00	31,06	31,08
Steuereinnahmekraft	609,39	632,43	706,02	799,32	842,68	693,53	748,76	787,63	777,63	869,54
b) Schlüsselzuweisungen ²⁾	119,11	147,57	233,68	171,76	130,63	139,69	149,04	163,49	175,65	182,01
Zusammen (a+b):	728,50	779,99	939,69	971,09	973,31	833,21	897,80	951,12	953,28	1.051,55
c) Realsteuerhebesätze	- v. H. -					- v. H. -				
Grundsteuer A	350	350	350	350	350	324	326	327	328	330
Grundsteuer B	380	380	380	380	380	377	379	380	381	383
Gewerbesteuer	365	365	365	365	365	371	373	373	374	374
d) Steuereinnahmen	- € je Einwohner -					- € je Einwohner -				
Grundsteuer A	8,81	7,25	9,89	6,71	14,27	11,28	11,25	11,13	11,20	11,10
Grundsteuer B	67,59	71,83	73,44	70,29	84,78	95,68	97,62	98,98	101,01	102,88
Gewerbesteuer	26,29	28,01	25,53	182,93	253,89	193,16	212,13	216,52	214,46	252,50
- Gewerbesteuerumlage	-4,93	-5,24	-4,47	-17,54	-24,35	-35,65	-38,88	-37,11	-20,08	-23,64
+ Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	498,73	518,89	588,12	534,81	480,65	397,08	432,47	458,72	428,57	473,56
+ Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,88	7,11	8,74	9,10	6,37	20,58	25,23	29,00	31,06	31,08
Sonstige Steuern	12,27	11,32	9,09	6,74	12,25	5,34	5,69	5,67	6,15	6,48
Zusammen:	617,64	639,32	710,33	793,05	827,87	687,36	745,50	782,91	772,38	853,94
e) Schlüsselzuweisungen ²⁾	119,11	147,57	233,68	171,76	130,63	139,69	149,04	163,49	175,65	182,01
f) Insgesamt (d+e)	736,75	786,89	944,01	964,81	958,50	827,05	894,54	946,40	948,03	1.035,95

Quelle: Landesinformationssystem des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz. Ab 2011 Verwendung aktualisierter Bevölkerungszahlen gemäß Zensus.

1) Unter Zugrundelegung gewogener Durchschnittssätze.

2) Ohne Investitionsschlüsselzuweisungen.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz